

Feinstaub-Messung in der Haselbrunnstraße: Regierungspräsidium sieht kein Problem

Für den vom Bürgerforum Bauen Radolfzell angestrebten Luftreinhalteplan hat das Regierungspräsidium Freiburg eine Absage erteilt. Die Prognosen deuten nicht auf eine erhöhte Schadstoffbelastung der Luft hin.



Das Schreiben des Regierungspräsidiums ist ein herber Rückschlag für die Mitglieder des Bürgerforum Bauen Radolfzell (BBR). Das RP Freiburg sieht die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen für Schadstoffausstoß in Radolfzell nicht überschritten und somit auch keine Notwendigkeit einen Luftreinhalteplan in die Wege zu leiten. Seit einigen Monaten messen die Aktiven des BBR mit selbst gebauten Sensoren an verschiedenen Stellen der Haselbrunnstraße. Ihren Ergebnissen nach wird der Maximalwert an erlaubten Partikelmassen der Feinstaubvariante PM 10 mehrfach am Tag überschritten. Sie fordern amtliche Messungen durch das RP sowie einen Luftreinhalteplan für Radolfzell.

In seiner Stellungnahme weist das Präsidium auf Messungen aus dem Jahr 2005 in der Radolfzeller Schützenstraße hin, die einen Ruß-Messwert, dem Indikator für PM 10, von 3,2 Mikrogramm pro Kubikmeter ergaben. Aufgrund dieser Messungen und dem prognostizierten Verkehrsaufkommen an der Böhringer Straße gebe es keine Hinweise auf eine Überschreitung der Immissionsgrenze für PM 10, wie das RP mitteilt. Für Feinstaub dieser Art gibt es ein gesetzlichen Grenzwert im Jahresdurchschnitt von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Auch die Immissionsprognosen des Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), die für das RP Freiburg Messungen durchführt, ergeben ein ähnliches Niveau für die Prognosejahre 2010 und 2020 für Radolfzell.

Heinz Küster hält weiterhin an den Messungen des Bürgerforums fest. "Es wurden Prognosen erstellt, aber keine Messungen", kritisiert er die Entscheidung des RP. Zudem sei die letzte amtliche Messung zwölf Jahre her und

habe an der Schützenstraße und nicht an der Haselbrunnstraße stattgefunden. Weiter kritisiert er, dass bei den LUBW-Messungen nur die Partikel der Größe PM 10 berücksichtigt worden sind. Viel gefährlicher seien die noch kleineren Teilchen der Größe PM 2,5, weil diese ihren Weg in den Organismus finden könnten. Das Bürgerforum werde weiterhin messen und sich für einen Luftreinhalteplan einsetzen.

Jüngst hatte sich das Bürgerforum prominente Hilfe geholt. Mit Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, kam zu einer öffentlichen Feinstaubmessung an den BEZ-Kreisel in der Haselbrunnstraße. Einige interessierte Bürger sowie mehrere Stadträte stellten sich ebenfalls an einem gewöhnlichen Morgen an die viel befahrene Straße. Der Ausschlag des geeichten Messgerätes von Resch, welches die Anzahl an Feinstaubpartikeln pro Kubikzentimeter misst, war höchst unterschiedlich. Je nach dem, ob das gerade vorbeigefahrene Auto einen Rußpartikelfilter hatte oder nicht. Eine Belastung von 2000 bis 3000 Partikel pro Kubikzentimeter sei völlig in Ordnung, erklärte Resch. Als jedoch ein älteres Räumfahrzeug der technischen Betriebe vorbeifuhr, schnellte der Wert auf 150 000 Partikel pro Kubikzentimeter hoch.

Das BBR möchte nun im neuen Jahr einen weiteren Messtermin gemeinsam mit Jürgen Resch und dem Messgerät der Umwelthilfe sowie Oberbürgermeister Martin Staab und Thomas Nöken, Leiter des Dezernat Umwelt, Planen und Bauen vereinbaren. Man wolle den Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung deutlich machen, dass die Prognosen des LUBW nicht der Realität entsprechen und weiterhin für amtliche Messungen kämpfen, wie Heinz Küster sagt. Jürgen Resch lobte die Initiative der Bürgerforums zum Thema Luftreinheit.

Für Kommunen habe die Deutsche Umwelthilfe laut Resch erst jüngst ein Zuschusspaket von 150 Millionen Euro aushandeln können. Städte und Kommunen können so einen Zuschuss für die Anschaffung umweltfreundlicherer Fahrzeuge beantragen. Laut Nicole Stadach von der städtischen Pressestelle sei ein Großteil der Stadtbusse bereits auf Euro-6-Norm aufgerüstet, der aktuell umweltfreundlichsten Diesel-Technologie am Markt. Auch beim Kauf neuer Fahrzeuge werde stets der Klimaschutzmanager eingebunden. Jedoch sei es ein mehrjähriger Prozess, ältere Fahrzeuge auszutauschen.

Belastung im Winter

Vor allem in der kalten Jahreszeit steigt die Schadstoffbelastung in der Luft. Dafür ist der so genannte Hausbrand verantwortlich, also Holzöfen und Kamine. Wenn diese keinen entsprechenden Filter haben, steigt die Anzahl der Rußpartikel stark an. Die Deutsche Umwelthilfe arbeitet an einem Siegel, der saubere Holzöfen kennzeichnen soll. Außerdem plädiert Jürgen Resch für den Verbot von Komfort-Öfen bei bestimmten Wetterlagen. (ans)